

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1965	Ausgegeben zu Wiesbaden am 17. August 1965	Nr. 17
Tag	Inhalt:	Seite
3. 8. 65	Verordnung zur Änderung der Anlage zur Verordnung über Ausnahmen von der Genehmigungs- und Registerführungspflicht für Sprengstoffe <i>Ändert GVBl. II 924—11</i>	161
3. 8. 65	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährleistung des Mindesteinkommens für Hebammen (HebMVO) <i>Ändert GVBl. II 353—7</i>	164
22. 7. 65	Erste Hessische Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesbaugesetz <i>GVBl. II 361-22</i>	164
9. 8. 65	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn der hessischen Polizeivollzugsbeamten <i>Ändert GVBl. II 322—7</i>	165
9. 8. 65	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und der ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden <i>Ändert GVBl. II 321-12</i>	166
29. 7. 65	Bekanntmachung über die Änderung der Amtsbezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise <i>Ändert GVBl. II 321—6</i>	167

Verordnung zur Änderung der Anlage zur Verordnung über Ausnahmen von der Genehmigungs- und Registerführungspflicht für Sprengstoffe*)

Vom 3. August 1965

Auf Grund des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Verkehr mit Sprengstoffen vom 28. Oktober 1953 (GVBl. S. 171) wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zur Verordnung über Ausnahmen von der Genehmigungs- und Registerführungspflicht für Sprengstoffe vom 5. November 1954 (GVBl. S. 187) in der Fassung der Verordnung vom 15. November 1960 (GVBl. S. 222) wird durch die Anlage zu dieser Verordnung ersetzt.

Anlage

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 3. August 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Der Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und
Gesundheitswesen
Hemsath

*) Ändert GVBl. II 924—11

Liste

der unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über Ausnahmen von der Genehmigungs- und Registerführungspflicht für Sprengstoffe fallenden Sprengstoffe

Gruppe A: Sprengstoffe ohne Zusätze

1. Ammoniumnitrat
2. Azodicarbonsäurediamid
3. Benzolsulfohydrazid
4. Dinitrobenzol
5. Dinitrochlorbenzol
6. Dinitrokresol, auch in Form seines Ammonsalzes und seiner Salze mit organischen Basen
7. Dinitronaphthalin
8. Dinitrophenol
9. Dinitrotoluol
10. Nitroguanidin
11. Nitromethan
12. Tetranitrodiphenylamin
13. p-Tolylsulfonylmethylnitrosamid
14. Trichlortrinitrobenzol
15. Trinitronaphthalin
16. Azo-isobuttersäurenitril
17. 5-Morpholyl-1,2,3,4-thiaziazol
18. Guanidinnitrat
19. Theophyllinessigsäuredinitroxydiäthylamid
20. 3,5-Dinitro-o-toluamid

Gruppe B: Sprengstoffe mit Zusätzen

1. Ammoniumnitrat in Mischungen, die außer dem in ihren Salzen gebundenen Wasserstoff nicht mehr als 0,4% verbrennliche Bestandteile enthalten, sowie Ammoniumnitrat in Mischungen mit einem höheren Gehalt verbrennlicher Bestandteile, sofern die Mischungen nach dem Gutachten der Bundesanstalt für Materialprüfung gegen mechanische und thermische Beanspruchung sowie gegen Detonationsstoß nicht empfindlicher sind als Ammoniumnitrat.
2. Ammoniumperchlorat mit wenigstens 10% Wasser¹⁾
3. Bariumazid mit wenigstens 10% Wasser¹⁾
4. Benzol-1,3-disulfohydrazid mit wenigstens 40% Paraffinöl oder wirksamen Phlegmatisierungsmitteln
5. cyanidhaltiges Quecksilberoxycyanid mit höchstens 35% Quecksilberoxycyanid
6. Dinitrophenolkalium in wässriger Lösung
7. Dinitrophenolnatrium in wässriger Lösung
8. Dinitroso-pentamethylen-tetramin mit wenigstens 5% pulverigen, inerten, anorganischen Stoffen und wenigstens 15% Paraffinöl oder gleich wirksamen Phlegmatisierungsmitteln in homogener Mischung
9. Nitroglycerin oder andere Salpetersäureester in Lösungen von höchstens 5 Gewichtsteilen in 95 Gewichtsteilen eines nicht explosiven Lösemittels
10. Nitroglycerin oder andere Salpetersäureester in homogenen Mischungen von höchstens 5 Gewichtsteilen mit 95 Gewichtsteilen feinpulverisierter inerter Stoffe
11. p-Nitrophenolnatrium mit wenigstens 25% Wasser einschließlich Hydratwasser¹⁾
12. Nitrozellulose in Form von Fäden oder Geweben mit so viel Wasser, daß sie durch die Flüssigkeit vollständig überdeckt wird.
13. Nitrozellulose in Form von Pasten oder von Lösungen mit höchstens 60% Nitrozellulose und einem nicht explosiven Lösemittel
14. Nitrozellulose in Form von Zellhorn (Zelluloid)
15. Nitrozellulose mit einem Stickstoffgehalt bis zu 12,6% gut stabilisiert und mit wenigstens 25% Wasser oder Alkohol (z. B. Methyl-, Äthyl-, Propyl-, Butyl-, Amylalkohol), wobei der Alkohol bis zur Hälfte durch Kampfer ersetzt sein kann; an Stelle von Wasser oder Alkohol können auch Gemische der beiden Flüssigkeiten treten. Bei Nitrozellulose mit einem Stickstoffgehalt von höchstens 12,3% sind auch Kohlenwasserstoffe oder Gemische aus Kohlenwasserstoffen und Alkoholen als Befeuchtungsmittel zugelassen. Die Flamm- und Siedepunkte der Kohlenwasserstoffe dürfen nicht unter denen des 90er Handelsbenzols liegen und ihre Dampfspannung darf nicht größer sein als bei diesem Benzol. Der vorgeschriebene Feuchtigkeitsgehalt darf an keiner Stelle der Nitrozellulosemasse unterschritten sein.
16. Nitrozellulosefilmabfälle, gewaschen und durch Kochen unter Druck behandelt, mit wenigstens 2% Kampfer und so viel Alkohol (z. B. Methyl-, Äthyl-, Propyl-, Butyl-, Amylalkohol), Benzol, Toluol oder Xylol, daß sie durch die Flüssigkeit vollständig überdeckt werden.
17. Nitrozellulosewalmasse, gebrochen mit wenigstens 18% Phlegmatisierungsmitteln
18. 2,2-Bis-(tertiär-butylperoxy-)butan mit wenigstens 50% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
19. tertiiär-Butylhydroperoxyd mit wenigstens 25% Di-tertiär-butylperoxyd oder mit wenigstens 20% Di-tertiär-butylperoxyd und 20% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
20. tertiiär-Butylperazetat mit wenigstens 50% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
21. tertiiär-Butylperbenzoat mit wenigstens 50% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
22. tertiiär-Butylpermaleinat mit wenigstens 50% Phlegmatisierungsmitteln²⁾

23. Cumolhydroperoxyd mit wenigstens 5% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
24. Cyclohexanonperoxyd (1-Oxy-1'-hydroperoxydicyclohexylperoxyd) mit wenigstens 10% Wasser oder mit wenigstens 40% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
25. Cyclohexanonperoxydgemisch (Mischung aus 1-Oxy-1'-hydroperoxydicyclohexylperoxyd und 1,1-Dihydroperoxy-dicyclohexylperoxyd) mit wenigstens 50% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
26. Dibenzoylperoxyd mit wenigstens 25% Wasser¹⁾ oder mit wenigstens 30% Phlegmatisierungsmitteln²⁾
27. Peressigsäure mit höchstens 40% reiner Peressigsäure und wenigstens 45% Essigsäure und wenigstens 10% Wasser
28. Pentaerythrittetranitrat in homogenen Mischungen von höchstens 12 Gewichtsteilen mit 88 Gewichtsteilen feinpulverisierter inerter Stoffe
29. Pikraminsäure mit wenigstens 20% Wasser¹⁾
30. pikrinsaure Alkalisalze in wässriger Lösung
31. Pikrinsäure mit wenigstens 20% Wasser¹⁾
32. Pikrinsäure und/oder deren Alkalisalze in Salben
33. Tetranitroacridon mit wenigstens 10% Wasser¹⁾
34. Tetranitrocarbazol mit wenigstens 10% Wasser¹⁾
35. Trinitrobenzoesäure mit wenigstens 30% Wasser¹⁾
36. Trinitrobenzol mit wenigstens 30% Wasser¹⁾
37. Theophyllinessigsäure-(trinitroxymethyl)-methyramid mit wenigstens 33% Kartoffelstärke
38. p-Menthanhydroperoxyd mit mindestens 5% Alkoholen und Ketonen, die bei der Herstellung als Reaktionsnebenprodukt entstanden sind.
39. Pinanhydroperoxyd mit mindestens 5% Alkoholen und Ketonen, die bei der Herstellung als Reaktionsnebenprodukt entstanden sind.
40. Dicumylperoxyd mit mindestens 5% Alkoholen und Ketonen, die bei der Herstellung als Reaktionsnebenprodukt entstanden sind.

1) Der Stoff muß so fein beschaffen sein, daß das Wasser gleichmäßig verteilt ist und festgehalten wird.

2) Als derartige Phlegmatisierungsmittel gelten solche, die gleich indifferent sind und ebenso phlegmatisierend wirken wie Dimethylphthalat; ihr Flammpunkt und Siedepunkt dürfen nicht niedriger liegen als die von Dimethylphthalat.

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Gewährleistung
des Mindesteinkommens für Hebammen (HebMVO)***

Vom 3. August 1965

Auf Grund des § 14 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1893) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Erlaß von Rechtsvorschriften vom 11. März 1948 (GVBl. S. 47) und § 24 Abs. 2 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93) wird nach Anhörung des Berufsverbandes der Hebammen verordnet:

Artikel 1

§ 2 Abs. 1 der Verordnung über die Gewährleistung des Mindesteinkommens

für Hebammen (HebMVO) vom 20. Dezember 1963 (GVBl. I 1964 S. 1) erhält folgende Fassung:

„(1) Das Mindesteinkommen wird Hebammen nicht gewährleistet, die ohne ihr Berufseinkommen ein Einkommen haben, das den Betrag von 5 400 Deutsche Mark jährlich überschreitet.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

Wiesbaden, den 3. August 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Der Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und
Gesundheitswesen

Hemsath

*) Ändert GVBl. II 353—7

**Erste Hessische Verordnung
zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesbaugesetz*)**

Vom 22. Juli 1965

Auf Grund des § 147 Abs. 1 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 341), zuletzt geändert durch das Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 241), wird im Einvernehmen mit der Gemeinde Schlierbach verordnet:

§ 1

Die Aufgaben der Umlegung und Grenzregelung, die der Gemeinde Schlierbach, Landkreis Gelnhausen, nach den §§ 45 bis 84 des Bundesbaugesetzes obliegen, werden auf den Landkreis Gelnhausen übertragen.

§ 2

Die Rechtsstellung der Gemeinde als Verfahrensbeteiligte (§ 48 Abs. 1 Nr. 4, § 55 Abs. 2 und 3, § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbaugesetzes) sowie nach § 59 Abs. 5 Satz 2, § 64, § 78, § 81 Abs. 2 und § 84 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes bleibt unberührt. Ebenso unberührt bleibt die Befugnis der Gemeinde, nach § 58 Abs. 1 Satz 1 des Bundesbaugesetzes zu verlangen, daß ein Flächenbeitrag abgezogen wird.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. Juli 1965

Für den Hessischen Minister des Innern

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Hemsath

*) GVBl. II 361-22

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn
der hessischen Polizeivollzugsbeamten*)**

Vom 9. August 1965

Auf Grund des § 187 Abs. 3 des Hessischen Beamtengesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 173), zuletzt geändert durch Art. 7 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 6. Juli 1965 (GVBl. I S. 122), wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes verordnet:

Artikel 1

§ 7 der Verordnung über die Laufbahn der hessischen Polizeivollzugsbeamten vom 10. November 1953 (GVBl. S. 196) wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 9. August 1965

**Der Hessische Minister des Innern
Schneider**

*) Andert GVBl. II 322—7

Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Aufwandentschädigung
der ehrenamtlichen Bürgermeister und der ehrenamtlichen Kassenverwalter
der Gemeinden*)

Vom 9. August 1965

Auf Grund des § 27 Abs. 2 Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103), zuletzt geändert durch § 90 Nr. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 17. Dezember 1964 (GVBl. I S. 209), wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zur Verordnung über die Aufwandentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und der ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden vom 12. Juli 1960 (GVBl. S. 101) in der Fassung der Zweiten Änderungsverordnung vom 15. September 1964 (GVBl. I S. 153) erhält folgende Fassung:

„Tabelle der Aufwandentschädigungen

Größengruppen nach Einwohnerzahl	Gruppen- bezeichnung	Aufwand- entschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister monatlich DM	Gruppen- bezeichnung	Aufwand- entschädigung für ehrenamtliche Kassenverwalter monatlich DM
bis 100	EB 1	190,—	EK 1	150,—
101— 200	EB 2	230,—	EK 2	180,—
201— 300	EB 3	300,—	EK 3	210,—
301— 400	EB 4	355,—	EK 4	250,—
401— 500	EB 5	420,—	EK 5	300,—
501— 600	EB 6	475,—	EK 6	340,—
601— 700	EB 7	530,—	EK 7	385,—
701— 800	EB 8	600,—	EK 8	430,—
801— 900	EB 9	670,—	EK 9	475,—
901—1000	EB 10	750,—	EK 10	540,—
1001—1250	EB 11	840,—	EK 11	610,—
1251—1500	EB 12	930,—	EK 12	710,—
1501—2000	—	—	EK 13	770,—
2001—2500	—	—	EK 14	820,—
2501—3000	—	—	EK 15	870,—.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung
vom 1. Juli 1965 in Kraft.

Wiesbaden, den 9. August 1965

Der Hessische Minister des Innern
Schneider

*) Ändert GVBl. II 321-12

**Bekanntmachung
über die Änderung der Amtsbezüge der Wahlbeamten
der Gemeinden und Landkreise*)**

Vom 29. Juli 1965

Durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 6. Juli 1965 (GVBl. I S. 122) sind mit Wirkung vom 1. Juli 1965 gemäß Art. 9 Nr. 6 und Art. 13 Nr. 1 die Amtsbezüge, die Dienstaufwandsentschädigung und die Reisekostenstufen der hauptamtlichen Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise neu festgesetzt worden. Auf Grund

des Art. 9 Nr. 6 Buchst. f werden die nach der Anlage — Tabelle der Amtsbezüge — zu dem Gesetz über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. Oktober 1953 (GVBl. S. 172) in der Fassung des Vierten Änderungsgesetzes vom 1. Juni 1962 (GVBl. I S. 277) ab 1. Juli 1965 geltenden Sätze bekanntgemacht.

Tabelle der Amtsbezüge

I. Bürgermeister

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandsentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse	Reisekostenstufe
W 1	bis 1 000	883,—	100,—	II	II
W 2	1 001— 2 000	1 155,—	100,—	II	II
W 3	2 001— 3 000	1 312,—	100,—	II	II
W 4	3 001— 5 000	1 473,—	150,—	II	II
W 5	5 001— 7 500	1 713,—	200,—	II	II
W 6	7 501— 10 000	1 848,—	200,—	II	II
W 7	10 001— 20 000	2 030,—	200,—	I b	II
W 8	20 001— 30 000	2 404,—	250,—	I b	I b
W 9	30 001— 50 000	2 586,—	250,—	I b	I b
W 10	50 001— 75 000	2 774,—	250,—	I b	I b
W 11	75 001— 100 000	3 142,—	350,—	I b	I b
W 12	100 001— 250 000	3 512,—	350,—	I a	I a
W 13	250 001— 500 000	4 063,—	350,—	I a	I a
W 14	500 001— 1 000 000	4 432,—	500,—	I a	I a
W 15	über 1 000 000	4 650,—	500,—	I a	I a

II. Landräte

Gruppenbezeichnung	Größengruppe (nach Einwohnerzahl)	Amtsgehalt (monatlich) DM	Dienstaufwandsentschädigung (monatlich) DM	Ortszuschlag Tarifklasse	Reisekostenstufe
L 1	bis 40 000	2 404,—	250,—	I b	I b
L 2	40 001— 80 000	2 586,—	250,—	I b	I b
L 3	80 001— 120 000	2 774,—	250,—	I b	I b
L 4	120 001— 180 000	2 955,—	350,—	I b	I b
L 5	180 001— 240 000	3 142,—	350,—	I b	I b
L 6	über 240 000	3 323,—	350,—	I a	I b

Vom 1. April 1966 an werden die Gruppen der Wahlbeamten folgenden Tarifklassen des Ortszuschlages zugeteilt:

Gruppen W 1 bis W 4
Tarifklasse II des Ortszuschlages

Gruppen W 5 bis W 8
Tarifklasse I b des Ortszuschlages

Gruppen W 9 bis W 15
Tarifklasse I a des Ortszuschlages

Gruppe L 1
Tarifklasse I b des Ortszuschlages

Gruppen L 2 bis L 6
Tarifklasse I a des Ortszuschlages

Wiesbaden, den 29. Juli 1965

Für den Hessischen Minister des Innern
Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Hemsath

*) Ändert GVBl. II 321—6

Im Januar 1962 hat der Hessische Landtag das Gesetz zur Bereinigung des Hessischen Landesrechts (Bereinigungsgesetz) verabschiedet; es ist am 1. 2. 1962 in Kraft getreten. **Alle darin nicht ausdrücklich als fortgeltend bezeichneten Rechtsvorschriften, die — wann auch immer — vor dem 31. 12. 1961 erlassen worden sind, sind damit außer Kraft getreten.** Die nunmehr geltenden Rechtsvorschriften wurden zusammengefaßt zur

Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil II.

Diese Sammlung ist nach Sachgebieten geordnet. Dadurch wird das Auffinden von einschlägigen Rechtsvorschriften wesentlich erleichtert, der Benutzer hat alle hessischen Vorschriften, die ein bestimmtes Sachgebiet regeln, zusammen.

Die Lose-Blatt-Form ermöglicht es, die Sammlung durch Nachlieferungen stets auf dem laufenden zu halten: Künftig können aufgehobene Vorschriften aus der Sammlung entfernt, neu erlassene in dem betreffenden Sachgebiet eingefügt werden; darüber hinaus ist es möglich, Änderungen im Wortlaut der fortgeltenden Rechtsvorschriften einzuarbeiten. **Dadurch wird die Brauchbarkeit der Sammlung wesentlich erhöht, gibt sie doch stets den letzten Stand über das gesamte geltende Landesrecht an.**

Die Gesetzessammlung als Lose-Blatt-Werk liegt vollständig vor und umfaßt 2680 Seiten (Großoktav, zweiseitig) in drei haltbaren, ansprechenden Plastikordnern, Preis 60,— DM. Ergänzungslieferungen kosten je Seite 8 Pfennig.

Fordern Sie sofort und unverbindlich für 4 Wochen ein vollständiges Ansichtsexemplar zur Probe.

VERLAG DR. MAX GEHLEN

6380 Bad Homburg v. d. H. · Postfach 66 · Fernruf (0 61 72) 2 30 56

Fortlaufender Bezug durch die Postanstalten. Der Bezugspreis beträgt jährlich 11,08 DM. Einzelstücke können vom Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, bezogen werden. Die vorliegende Ausgabe Nr. 17 kostet 50 Pf zuzüglich 20 Pf Versandkosten. — Herausgegeben von der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. — Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, Ruf: Samm.-Nr. (0 61 72) 2 30 56, Postsch.-Kto.: Dr. Max Gehlen 71999, Frankfurt (Main)

Druck: Werk- und Feindruckerei Dr. Alexander Krebs, Bad Homburg vor der Höhe und Weinheim (Bergstraße)

Die Auslieferung von Einzelstücken älterer Ausgaben erfolgt auch dann durch den Verlag Dr. Max Gehlen, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, wenn der Wiesbadener Kurier als Verlag angegeben ist.